

# Versöhnungsbemühungen der Regierung Aquino

## Der politische Wille ist da

**Was steckt hinter Aquinos Ankündigung die Menschenrechtssituation zu verbessern? Was muss noch getan werden? Wo liegen die Schwachpunkte und Stärken? Eine Diskussion mit Experten und Betroffenen der Menschenrechtssituation in den Philippinen.**

Emmalyn L. Kotte

Am 25. Juli 2011 betonte der philippinische Präsident Benigno Aquino III in seiner Rede zur Lage der Nation (*State of the Nation Address*, SONA) sein Bekenntnis zu einem Ende der Straflosigkeit beizutragen: »Wenn wir die vergangenen Verbrechen ignorieren, werden sie uns weiterhin heimsuchen. Wenn wir die Menschen nicht zur Rechenschaft ziehen, werden sie es wieder und wieder tun.« Diese Aussage ist eine Wiederholung seiner Äußerungen von vor über einem Jahr: »Wenn wir es erlauben die Verbrechen unbestraft zu lassen, stimmen wir deren wiederholten Auftreten zu.«

Trotzdem herrscht Straflosigkeit unter Aquinos Führung und konkrete Schritte müssen noch getan werden, um die vergangenen Verbrechen insbesondere im Feld der Menschenrechte zu bestrafen.

Es wurden 45 Fälle von politisch motivierten Morden, von nicht aufgegriffenen Fällen von Verschwindenlassen (*enforced disappearance*) und von Inhaftierung und Folter dokumentiert, berichten Menschenrechtsorganisationen während einer Konferenz am 29. Juni 2011 in Berlin (siehe S. 85). Die Konferenz wurde von der *Konrad Adenauer Stiftung* und dem *Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen* organisiert. Mit dem Fokus »Menschenrechte in den Philippinen – Trends und Herausforderungen unter der Regierung Aquino« versammelten sich Vertreter der Zivilgesellschaft, Kirche und Regierung aus den Philippinen, Deutschland und der EU – so war die philippinische Justizministerin Leila De Lima und Vorsitzende der Menschenrechtskommission Loreta »Etta« Rosales anwesend.

### Keine Menschenrechtsagenda

Die Direktorin der Task Force Detainees Philippines (TFDP), Schwester Crescencia Lucero, merkte an, dass die Regierung Aquino nach einem Jahr immer noch keine Menschenrechtsagenda festgelegt und weder für politisch motivierte Morde noch für Fälle des Verschwindenlassens rechtswirksame Aussagen bekundet habe. Ähnliche Beobachtungen machte Hazel Galang von Amnesty International (AI) und verdeutlichte, dass Aquino der Empfehlung, einen ausführenden Befehl zu erlassen, um den Fällen des Verschwindenlassens ein Ende zu setzen, die AI vor einem Jahr aussprach, nicht folgte.

Schlimmer noch, Aquino machte sein Versprechen nicht wahr, den Executive Order 546, der unter Gloria Macapagal Arroyo ausgestellt wurde, aufzuheben. Das Gesetz erlaubt lokalen Regierungsvertretern zivile, freiwillige Organisationen (CVOs) als Hilfseinheiten der Polizei zu mobilisieren und zu bewaffnen oder sie als Unterstützer der philippinischen Armee (AFP) in der Widerstandsbekämpfung einzusetzen.

Aquino weigert sich paramilitärische Gruppen wie CVOs und *Citizens' Armed Forces Geographical Units* (CAFGUs) aufzulösen, mit der Begründung sie seien die billigere Alternative zur Rekrutierung von mehr Soldaten und Polizisten, da die Regierung sich nicht noch mehr Militärpersonal leisten könne, so Galang.

Leider gibt es keine klare Befehlskette zwischen Militäroffizieren und den paramilitärischen Einheiten, erklärte der Menschenrechtsanwalt Jose Manuel Diokno. »CAFGUs bestehen aus Männern, die vom Militär benutzt werden, aber nicht organisch ins Militär eingegliedert sind. Daher können sie nicht zur Verantwortung gezogen werden. Oft ist nicht einmal ihr Name oder ihre Identität bekannt. In vielen Fällen, die wir bearbeitet haben, ist es wirklich die

Die Autorin ist freiberufliche Journalistin mit einem M.A. in Peace and Development.

CAFGU, die zu Menschenrechtsverletzungen benutzt wird«, sagt er.

### Ungelöste Menschenrechtsverbrechen

Justizministerin De Lima verkündete, dass insbesondere in den Fällen von Sherlyn Cadapan, Karen Empeño und Manuel Merino Gerechtigkeit auf dem Weg sei. Die drei wurden im Juni 2006 in der Provinz Bulacan von bewaffneten Männern entführt. Zeugen bestätigen, dass es sich bei den Männern um Mitglieder des Militärs handelt, die in einem nahegelegenen Hauptquartier stationiert waren und unter dem Befehl von Generalmajor Jovito Palparan standen. Philippinische Gerichtshöfe forderten ihre sofortige Befreiung und fordern, dass »Angeklagte, Offiziere der AFP eingeschlossen, sich persönlich jeglicher Verantwortung für Vorkommnisse stellen müssen, die während ihrer Amtszeit geschehen ist«, so De Lima.

Palparan und andere Militäroffiziere, die in dem Fall identifiziert wurden, sind nun wegen Vergewaltigung, körperlichem Missbrauch und Verletzung sowie wegen willkürlicher Festnahme angeklagt. Aber der ehemalige General, der seit April 2009 mit der Partei *Bantay* Mitglied im Repräsentantenhaus ist, bestreitet einfach seine Verwicklung bei der Entführung.

Palparan gehört zu einer Gruppe von Menschen, die Anwalt Diokno als einen der Gründe für die sich nicht verbessernde Menschenrechtssituation in den Philippinen beschreibt: »Militär und Polizeieinheiten, die immer noch glauben, dass die Mitgliedschaft bei der kommunistischen Partei illegal sei, wobei sie vor 15 Jahren schon legalisiert wurde; und die mit dem Glauben handeln, dass Kommunismus etwas Teufliches ist, das mit allen Mitteln vernichtet werden muss.«

Nun versucht Palparan als Gesetzgeber mit seiner Partei *Bantay*, die auch CAFGUs als Mitglieder zählt, den Kommunismus auszurotten. Wie er Kommunismus versteht, zeigt sein letztes Interview, in dem er sagt, dass »ein links orientierter Politiker das gleiche ist wie ein Kommunist.« In dem Interview sagt er auch, dass ein Linker vielleicht versucht, Wandel und Reformen herbeizubringen, aber er wird vermutlich

von dem System, dem er angehört, aufgefressen. »Alle diejenigen, die sagen, sie sind für Arbeit und Medienfreiheit, ich möchte sagen, das sind Betrüger«, so Palparan. (Evangelista 2011)

### Erfundene Anklagen

Dr. Oliver Gimenez fällt Palparan zufolge unter die Kategorie »linke Aktivisten«. Er ist Gemeindefürer, arbeitet seit den 1990er Jahren in verschiedenen NGOs in der Central Visayas Region und ist heute Geschäftsführer von CERNET (Community Empowerment Resource Network), einer in Cebu angesiedelten Partnerorganisation des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED). Er hat immer Reformen im Gebiet der Menschenrechte, Gesundheit und Landverteilung befürwortet.

Auf der Konferenz in Berlin erzählte Gimenez von der negativen Erfahrungen als Opfer der Widerstandsbekämpfung im Rahmen des *Oplan Bantay Laya* (OBL, Operation Freiheitswacht) der ehemaligen Präsidentin Arroyo und beschreibt diesen als »internen Sicherheitsplan, der nicht zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten, bewaffneten politischen Dissidenten oder unbewaffneten und legalen Dissidenten unterschieden hat.«



Leila De Lima während ihrer Rede in Berlin

Foto: L. Breiningner

Im Jahr 2008 wurde Gimenez vom Militär und der Polizei in zwei Fällen des Mordes beschuldigt. Er wurde angeklagt, dass er » mit einem M-16 Schussgewehr bewaffnet Teil eines Überfalles auf eine Gruppe von Soldaten gewesen sei«, der in der Provinz Negros Oriental stattfand und mit der »an einem NPA Angriff auf andere Soldaten in der gleichen Provinz« beteiligt gewesen sei. Auch andere Entwicklungsarbeiter und die CERNET-Angestellte Cristina Munoz wurden bei diesen Fällen mit angeklagt.

Kürzlich bekam Munoz erneut eine erfundene Anklage wegen Rebellion zugestellt und wurde beschuldigt, zu den kommunistischen Rebellen gehört zu haben, die eine Gruppe von Soldaten in Negros Oriental im März 2011 angegriffen haben.

Mit Hilfe solch erdichteter Anklagen, die auch unter der Regierung Aquino immer noch gegen politische Aktivisten vorgebracht werden, kann die Polizei und das Militär Entwicklungsarbeiter oder Menschenrechtsverteidiger inhaftieren, ohne dass ihnen das Recht gegeben wird, die Anklage vor der Staatsanwaltschaft anzufechten, meint Gimenez. Aber er kann sich glücklich schätzen, denn die Fälle gegen ihn wurden niedergeschlagen.

### Das Suchen von Verschwundenen

Andere politische Aktivisten wie Jonas Burgos und James Balao erlitten ein anderes Schicksal.

Burgos war ein Landwirt, der seine Expertise im Hinblick auf nachhaltigen Anbau mit anderen Bauern in Bulacan teilte. James Balao war Absolvent der Psychologie und Betriebswirtschaft der Cordillera Peoples Alliance (CPA), einer Vereinigung progressiver und ziviler Organisationen, die sich im Norden der Philippinen für die Rechte von Indigenen einsetzen.

Beide wurden von bewaffneten und uniformierten Männern entführt, wobei De Lima während der Konferenz in Berlin hinzufügte, dass »ihr Verschwinden bei vielen die Annahme auslöste, dass dies das Handwerk militärischer Einheiten gewesen sei«.

De Lima gab preis, dass »einleitende Untersuchungen endlich in Gang gesetzt wurden, um herauszufinden ob es Gründe gibt, ein Mitglied der AFP vor Gericht zu bringen, weil es eventuell direkt an der Entführung von Jonas Burgos beteiligt war.« Im Fall Balao sagte sie, dass es zwar Untersuchungen gibt, aber kaum Entwicklungen – zu einem großen Teil, weil die Polizei berichtet, dass keine Zeugen bereit sind auszusagen und es somit keine relevante Informationen bezüglich seines Verschwindens gibt.«

Potentielle Zeugen, die sich weigern, bei solchen Untersuchungen zu kooperieren, können nicht beschuldigt werden, denn in der Vergangenheit wurden »ihnen gute Gründe gegeben, um bezüglich der Sicherheit von Regierungsbestrebungen misstrauisch und erschöpft zu sein«, meint De Lima. Nur durch sofortige und konkrete Maßnahmen kann den Opfern von Menschenrechtsverbrechen Gerechtigkeit widerfahren und die Regierung das Vertrauen der Öffentlichkeit gewinnen, fügte sie hinzu.

### Die Rechtsstaatlichkeit erneuern

De Lima versicherte den Konferenzteilnehmern, dass die Regierung Aquino sich dazu verpflichtet habe,

»die Kultur der Straflosigkeit zu bekämpfen«. Ebenso strebt die Regierung eine aufrichtige Versöhnung unter Filipin@s an, da deren tief verwurzelte Überzeugungen und Ideologien aufeinander geprallt seien, und sucht Gerechtigkeit für die Opfer von physischen Konflikten, die aus dieser Teilung entstanden sind – »ganz gleich auf welcher Seite des ideologischen oder sozialen Spektrums sie stehen«.

Diese Bestrebung auf Versöhnung, meint De Lima, stand auch hinter Aquinos Entscheidung die 43 Gesundheitsarbeiter/innen frei zu lassen, die in Morong, Rizal im Februar 2010 inhaftiert wurden. Ihre Entlassung beabsichtigte »die Rechte der Gefangenen zu schützen und zu respektieren in Übereinstimmung mit der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten wie auch immer ihre ideologische Orientierung sein mag«, äußerte De Lima.

De Lima verkündete auch, dass die Regierung Aquino Schritte unternommen habe, um das *Optional Protocol to the Convention against Torture* (OPCAT) und das *Statute of the International Criminal Court* (ICC) zu ratifizieren.

Markus Löning, Beauftragter für Menschenrechte der Bundesregierung lobte die Bemühungen, die in Gang gesetzt wurden, um die Menschenrechtssituation in den Philippinen zu verbessern. Er versicherte De Lima, dass die deutsche Regierung diese Bemühungen weiterhin unterstütze, insbesondere im Rechts- und Justizbereich.

Deutschland war eins der europäischen Länder, die die Philippinen mit 3,9 Millionen Euro beim *European Philippine Justice Support Programme* (EPJUST) unterstützt haben. Das Projekt läuft seit 2009 und finanziert Trainings der Polizei, um Strafvollzüge schneller voranzubringen und politischen Morde sowie dem Verschwindenlassen entgegenzuwirken. Das Projekt wird mit ähnlichen Komponenten bis zum Jahr 2012 unter dem Namen *Access to Justice Programme* weitergeführt und von der deutschen Regierung mitfinanziert.

Übersetzung: Lilli Breining

### Quelle

Evangelista, Patricia (2011): The General. In: Philippine Daily Inquirer, 23 July 2011. Siehe unter: <http://opinion.inquirer.net/8483/the-general>.